

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 16949.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Th., durch die Post bezogen 5 Th. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 1. März. (Privattelegramm.) Der Abg. Dr. Wehr war heute im Abgeordnetenhaus anwesend und gab die Erklärung ab, daß alle ihm betreffenden Gerüchte unrichtig seien; er habe nichts niedergelegt.

Turin, 1. März. (W. L.) Ueber Sparona in das Thal del Orco ist eine Schneelawine niedergegangen, wobei 30 Personen getötet worden sind.

Vom Kronprinzen.

Höchste Kreise in Berlin erzählen von einer nahe bevorstehenden Reise der Kaiserin nach San Remo und von der Vorbereitung eines beuglichen Separatrains. Ob aber diese Gerüchte eine thatsächliche Unterlage haben, ist zur Zeit nicht bekannt. Bei der jetzigen Witterung würde die Reise nicht unbedenklich sein. Daß Prinz Wilhelm die Absicht habe, nach der Besetzung in Karlsruhe von dort nach San Remo weiter zu gehen, hat unter Berliner Correspontenten schon vor acht Tagen gemeldet. Die Nachricht wird jetzt von eben derselben Seite bestätigt, welche sie vorher als Erfindung bezeichnet hatte. Aus guter Quelle verlautet übrigens, daß die Nachrichten von dem Ableben des badischen Prinzen und dem Zustande des Kronprinzen den tiefsten Eindruck auf den Kaiser hervorgerufen haben.

In San Remo hat sich ein Comit's gebildet, welches dem Kronprinzen anlässlich dessen erster Ausfahrt, die für Ende dieser Woche erwartet wird, eine große Ovation bereiten will.

In Münchener Hofkreisen spricht man dem „Fränk. Cour.“ zufolge von der Abfahrt des Prinz-Regenten von Baiern, dem Kronprinzenpaar in San Remo einen Besuch abzustatten.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: In Privatdepeschen mehrerer Journale aus San Remo vom Februar wird gemeldet, Professor Dr. v. Bergmann habe auf besonderen Wunsch des Kaisers seine Anwesenheit in San Remo verlängert; es scheint aber dieser Nachricht ein Mißverständnis zu Grunde zu liegen, welch' leitere Voraussetzung auch darin bestätigt erscheint, daß Professor von Bergmanns Name auch in den Unterschriften der heutigen Bulletins nicht vorkommt.

Außerdem gingen uns folgende Telegramme zu:

San Remo, 29. Febr., Abends 11 Uhr 25 Min. (W. L.) Der Kronprinz verbrachte einen guten Tag, begab sich für kurze Zeit auf den Balkon, wo er jedoch des schlechten Wetters wegen nur kurze Zeit verblieb. Er war im übrigen lange mit Schreiben und Lesen beschäftigt.

Berlin, 1. März. Professor Waldeyer ist nach San Remo abgereist.

Professor Waldeyer in Berlin ist derselbe, an welchen vor einigen Tagen Präparate des Auswurfs aus dem Halse des Kronprinzen zur Begutachtung überwandt worden waren. Waldeyer (geb. 1838, früher Professor in Straßburg) ist seit 1883 der Director des anatomischen Instituts in Berlin; auf pathologischem Gebiete untersuchte er vorzugsweise die Eierstockshormone und Krebsgeschwülste.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. März.

Zu der Discussion über ein Stellvertretungsgesetz

schreibt uns unser Berliner Correspontent:

Nachdem von offiziöser Seite die Gerüchte von einem Stellvertretungs- oder Regierungsgesetz in der schroffesten Weise zurückgewiesen worden waren, mußte es einigermaßen überraschen, daß ancheinend ohne jeden thatsächlichen Anlaß eine offenbar autorisirte Mittheilung der „Königlichen Zeitung“ an der Hand der Bestimmungen der preußischen und Reichsverfassung auseinandersetzt, daß ein Regierungsgesetz nicht erforderlich

Stadt-Theater.

* Das Gaußpiel der Frau Charlotte Frohn brachte uns gestern als Neuigkeit das Gardou'sche Schauspiel „Georgette“. Wenn Dumas in seiner „Cameliendame“ zu zeigen versucht, wie eine schöne Sünderin durch eine wahre, ungeliebte Neigung verklärt und gehoben wird, so scheint Gardou die läuternde Kraft der Mutterliebe bei einer Frau von schuldiger Vergangenheit mit Vorliebe als Thema für eine dramatische Behandlung zu betrachten. Schon in seiner „Odette“ wird dies Problem als Motiv für den tragischen Schluss benutzt. Odette tödet sich schließlich, um den Schatten, den ihre eigene Vergangenheit auf das zukünftige Glück ihrer Tochter wirkt, zu beseitigen. In „Georgette“ wird dasselbe Thema behandelt, nur noch gründlicher; was dort den Stoff für den letzten Akt bildet, liefert ihn hier für das ganze Stück. Georgette, die schöne Tochter eines armen Handwerkers zu Rouen, ist mit sechzehn Jahren ihren Eltern entlaufen und hat es später zur Stellung einer gefeierten Operettensängerin in Marseille gebracht. Hier macht sie die Bekanntschaft eines jungen Offiziers, und es entspinnt sich ein sehr inniges Verhältniß, das trotz des Widerspruchs seiner Familie zur Ehe geführt haben würde, wenn den jungen Cavalier nicht der Krieg abgerufen hätte. Er fällt bei Gravelotte und Georgette geht mit ihrem Töchterchen Paula ins Ausland, von jetzt an nur darauf bedacht, die Zukunft dieser Sicher zu stellen. Sie gewinnt die Liebe eines reichen Amerikaners, der zwar

sei. Auf diese Auseinandersetzung näher einzugehen, ist zur Zeit nicht angezeigt; umso weniger, als der einzige bestreitbare Punkt, daß bei dauernder Verhinderung des Königs und gleichzeitiger Verhinderung des nächsten Agnaten (d. h. des Kronprinzen) das Staatsministerium die im Art. 56 der Verfassung vorgefahrene Berufung des Landtages zu verlassen habe, bereits durch anderweitige Dispositionen bedeutungslos geworden ist. Die Zeitungen haben bereits bestätigt, daß durch königl. Ordre ein vortragender Rath bei dem Prinzen Wilhelm ernannt werden solle, wenn gleich die Persönlichkeit, welche bisher dafür genannt wurde, nicht in Frage kommt. Zweifellos hängt diese Maßnahme mit der Bestirrung über die Stellvertretungsfrage zusammen.

Ob, wie behauptet worden ist, eine dauernde Regelung derselben von irgend einer Seite bestätigt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Beslossen ist nach meinen Informationen nichts anderes, als eine Maßregel für den Fall, daß in einem etwaigen kritischen Augenblick, wo der Träger der Krone nicht dispositionsfähig und der Thronerbe durch Abwesenheit oder Krankheit verhindert ist, Prinz Wilhelm ermächtigt wird, im Namen des Königs gemäß dringende Anordnungen an das Staatsministerium zu unterzeichnen. Eine dauernde und regelmäßige Stellvertretung ist, wie gesagt, nicht bestätigt. Es soll nur der Eventualität vorgebeugt werden, daß zu irgend einer Zeit durch die Abwesenheit des Kronprinzen ein Vacuum entstehe, welches die verfassungsmäßige Erledigung der dringendsten Geschäfte unmöglich machen würde.

Eine ausdrückliche Vorchrift der Verfassung in dieser Richtung existiert nicht. Aber es handelt sich nur um einen vorübergehenden Notbehelf, der durch das Zusammentreffen einer Reihe von Umständen unvermeidlich geworden ist. Wie man hört, sind die hier bezeichneten Dispositionen unlängst offiziell getroffen worden. Es ist also das unumgänglich Notwendige, aber auch nicht mehr als das geschehen.

Die Weichselcommission.

Die erste Commissionsberatung des Gesetzes betreffend die Regulirung des unteren Laufes der Weichsel hat gestern stattgefunden. Es wird uns darüber geschrieben:

Der Regierungs-Commissar, Geheimer-Rath Dannemann gab die Erklärung ab, daß jede Veränderung des vorliegenden Projektes für die Staatsregierung unannehmbar sei. Eine Ausführung des Projektes bedürfe eines Zeitraumes von 8—10 Jahren und es würde das Hochwasserprofil von Gemitz bis Einlage in solcher Breite ausgeführt werden, daß es auch für eine später möglicherweise durchzuführende Coupurierung der Nogat ausreiche. Hierauf entwickelten die anderen Regierungs-Commissionare die spezielle Ausführung des Projekts, worauf der Abgeordnete Steffens ausführte, daß jede Weichselregulirung ohne Coupurierung der Nogat große Gefahren mit sich bringe; er betonte demgemäß die entstehenden Gefahren für Danzig in technischer und kommerzieller Beziehung und stellte den Antrag: die Regierungsvorlage abzulehnen und ein neues Project vorzulegen, welches die Interessen Danzigs mit denen der Niederungen vereinte.

Dieser Antrag wurde jedoch mit 12 gegen 3 Stimmen (Steffens, Drane, Schröder) abgelehnt und mit gleicher Stimmenzahl das Regierungsvorprojekt angenommen.

Die nächste Sitzung findet Freitag statt.

Mit der Identitätsfrage

steht es heute bis jetzt noch genau so wie gestern. Wenn der Antrag morgen wirklich auf die Tagesordnung kommen sollte, ist es gänzlich unbestimmt, was heraushkommen wird. An Stelle des Antrags Ampach ist in der Commission bekanntlich mit 15 gegen 11 Stimmen der Antrag Büsing angenommen worden, der das System der Einfuhrvollmachten, wie solches in dem Antrag Ampach vorgeschlagen war, noch etwas er-

weiter. Darnach werden bei der Ausfuhr von Getreide übertragbare Einfuhrvollmachten für entsprechende Quantitäten der nämlichen Waaren gattungen erteilt. Derartige Einfuhrvollmachten sollen ferner den Inhabern von Getreide- und Delmühlen, Pressehöfen, Malz- und Lakesfabriken bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate erteilt werden, und zwar für die Einfuhr von Getreide, bez. Delmühlen. Daneben enthält der Antrag der Commission Bestimmungen bezüglich der Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Getreide aus Transatlängen ohne amtlichen Mitschluß, welche dem Antrag Ritter, v. Seereman, Hoffmann (Königsberg) entsprechen.

Die „Lib. Correspondenz“ schreibt hierzu: Die Bedeutung eines solchen Gesetzes für die Ostseehäfen und für die Getreideproduzenten des Orients bedarf keiner weiteren Darlegung. Ob der übrige Theil des Antrags die Hoffnungen, welche an denselben im Osten geknüpft werden, und die Befürchtungen des Westens und Südens rechtfertigt, scheint zur Zeit noch eine offene Frage. Gleichwohl bestehen diese Hoffnungen auf der einen, Befürchtungen auf der anderen Seite, so daß das Schicksal des Antrags in der vorliegenden Fassung wenigstens ungewiß ist. Ob eine Verständigung über eine anderweitige Formulierung gelingt, ist noch zweifelhaft. Ist dazu keine Aussicht, so wäre die Beratung der Materie ohne Zweck. Die Ablehnung des vorliegenden Antrags würde auch für die Zukunft präjudizialisch sein.

Die Alters- und Invalidenversorgung.

Da an der Absicht, den Reichstag bald, etwa am 10. März, zu schließen, nichts mehr zu ändern ist, so muß natürlich auch die Erledigung der Alters- und Invalidenversorgungsfrage unterbleiben. Die „Berliner Pol. Nachr.“, die früher immer die unabdingte Notwendigkeit der Regelung dieser Angelegenheit noch in dieser Sessie betont haben, müssen sich denn auch ins Unvermeidliche zu schicken und der Aufschub die derselben anhaftenden guten Seiten abzugewinnen, indem sie schreiben:

Der Entwurf der Alters- und Invaliden-Versicherung wird voraussichtlich in allernächster Zeit mit allerhöchster Genehmigung des Bundesrathes vorgelegt werden können. Auch diese Vorlage beanprucht nach Umsfang und Bedeutung die eingehendste Beratung durch den Bundesrat. Für diese Prüfung den weitesten Spielraum zu lassen, ist aber im Interesse der Sache geboten. Praktiker und Theoretiker wetteifern, die Ergebnisse ihrer Prüfung in der Presse darzuthun, und die Literatur über die Materie ist zu einer stattlichen Fülle angewachsen, sie nimmt noch fortwährend zu. Dem Bundesrat wird sich daher ein unglaublich reicheres Material für die Prüfung des Entwurfs bieten, als es bei der Entwurf der Grundzüge vorlag. Es kann daher nur der schlichtlichen Erledigung der Sache förderlich sein, wenn der Bundesrat in voller Ruhe und Muße und ohne durch die Wünsche baldiger Vorlegung an den Reichstag gedrängt zu sein, seine Beratung vornehmen kann.

Die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften.

Bei der gegenwärtig infolge der Einbringung des neuen Gesetzentwurfs betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften hervorgerufenen allgemeinen Erörterung der unter Genossenschaftswesen betreffenden Fragen dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, wie groß ungefähr das Gebiet ist, auf welches sich der Gesetzentwurf erstreckt. In dem Jahresbericht des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes für 1886 werden als in Deutschland existirend namentlich aufgeführt: 2135 Dorfschul- und Creditvereine, 696 Consumvereine, 1572 Rohstoff-, Magazin-, Productivgenossenschaften etc. und 35 Baugenossenschaften. Da hierzu noch ein nicht aufgeführter Theil der specificisch ländlichen Genossenschaften kommt, so kann die Zahl der in Deutschland im Jahre 1886 vorhanden gewesenen Genossenschaften auf über 4500 veranschlagt werden. Ein großer Theil dieser Genossenschaften ist in Verbänden zusammengesetzt. So zählt der

Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften 33 Unterverbände und etwa 1000 Genossenschaften, die vor einigen Jahren gegründet Vereinigung deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften etwa 500 und der Anwaltschaftsverband ländlicher Genossenschaften (Neuwied) etwa 330 Genossenschaften. Man wird daraus die Bedeutung erkennen können, welche der neue Gesetzentwurf für unser Wirtschafts- und Erwerbsleben hat.

Der Zollkrieg zwischen Italien und Frankreich hat nunmehr nach dem endgültigen Scheitern der Handelsvertrags-Verhandlungen begonnen, und zwar durch eine von Italien angeordnete Verschärfung des Generaltarifs gegen Frankreich, worüber uns heute folgendes Telegramm zuging:

Rom, 1. März. (W. L.) Die „Amtszeitung“ veröffentlicht ein Decret der Regierung, welches die in dem allgemeinen Tarif bestimmten Eingangsölle gewisser französischer Waaren, wie Wein, Spirituosen, Kaffee, Zucker, Chocolade, Dele, Geisen, Parfümerien, Farbenwaaren, Möbel, Spielwaren aus Holz, Gewehre, Mehl, Mehlspeisen, in Essig oder Öl eingelegte Früchte, Fische, Käsen, Fächer, Planinos etc. erhöht; der Zoll auf Textilwaren, Häute, Eisenbahn-Dehikel, Thomwaren, Gläser, Aufzweiern wird auf 50 Prozent, derjenige von Eisenwaren auf 20 Prozent, von Maschinen auf 30 Prozent festgesetzt.

Die Schulden des wirtschaftlichen Zwiespalls trifft Frankreich. Was Italien verlangt und zu verlangen berechtigt war, kam im Grunde auf eine Forderung der Billigkeit hinaus, sofern Frankreich die italienische Industrie nicht länger als quantitativ negligierbar betrachten und demgemäß von oben herab behandeln, sondern in ihr die ebenbürtige Genossin achtet sollte, welche derselben Rücksicht werth ist, welche Frankreich für seine eigene Industrie von den Italienern in Anspruch nimmt. Der jetzt wahrscheinlich ausbrechende Tarifkrieg zwischen beiden Ländern dürfte gewissen Branchen der französischen Industrie Wunden schlagen, an denen die französische Volkswirtschaft vielleicht für immer tragen muss.

Erhöhung des österreichisch-ungarischen Armeestandes.

Wischen Wien und Pest werden, der „Doss. Ztg.“ zufolge, augenblicklich lebhafte Verhandlungen über die Erneuerung des am letzten Dezember 1889 ablaufenden Wehrgesetzes geführt. Dasselbe hat bekanntlich die Stärke der Armee, ohne Landwehr und Honveds, auf 800 000 Mann festgesetzt. Offiziös wird nur eine starke Erhöhung des Armeestandes in Aussicht gestellt und folgendermaßen begründet: Das Wehrgesetz datire von 1868, seitdem sind die Heeresverfassungen aller Länder gründlich geändert, und Österreich müsse dem Beispiel nachfolgen. Politische Kreise nehmen an, es werde beabsichtigt, dem Heerstand dieselbe Stärke zu geben wie in Deutschland, es sei das eine nothwendige Folge des Bündnisverhältnisses. Wenn die Verhandlungen darüber auch jetzt schon eröffnet sind, gedenkt man die gegenwärtige Organisation bis zum geplanten Ablauf bestehen zu lassen, die neue jedoch mit den Parlamenten so zeitig zu vereinbaren, daß sie Ende 1889 sofort ins Leben treten kann.

In der französischen Deputirtenkammer beantragte gestern im weiteren Verlauf der Beratung über das Budget des Auswärtigen der Minister Flourens die Wiedereinstellung des Budgetpostens für die französische Botschaft beim päpstlichen Stuhle, welche von der Budget-commission gestrichen worden ist. Die gegenwärtigen Verhältnisse verlangen gebieterisch die Wiederherstellung dieser Botschaft. Alle Staaten, welche Schwierigkeiten in ihren Beziehungen zum Vatikan gehabt hätten, knüpften ihre diplomati-

den Stoff urtheilen mag: das ist keine Frage, daß sich in der Behandlung derselben wieder die ganze Kunst Gardous im Aufbau und in der geschickten Benutzung der scenischen Mittel befindet. „Georgette“ ist ein Conversationsstück. Dies bedingt eine gewisse Dämpfung der Form, in welcher sich die starken Gemüthsbewegungen zu geben haben. Und Gardou versteht das vortrefflich, wie auch sein Dialog ebenso sein, wie natürlich ist.

Die Darstellung der drei Hauptrollen war gestern eine vorzügliche: Frau Frohn (Georgette) zeigte sich als außerordentlich gewandte und tactvolle Conversationsliebhaberin, höchst elegant in der Erscheinung und in den Manieren, mit leichtfließender Sprache und jener von dieser Art Stücken geforderten Maschaltung in der leidenschaftlichen Erregung. Hr. Ernst gab den Grafen Octave v. Chabreuil mit soviel wahrer Herzenswärme, mit soviel geistiger Überlegenheit und mit so hübsch nuancirter Behandlung des Dialogs, daß er mit dem Gaste hauptsächlich das Interesse für die Handlung des Stükches regte. Die Rolle der Paula tritt erst in der zweiten Hälfte des Stükches in den Vordergrund. Da aber gelang es Fr. Becker, durch die Innigkeit und Wahrheit ihres Spieles die Bedeutung der Rolle zur vollen Geltung zu bringen. Das Publikum sollte dem Gaste, wie Hrn. Ernst und Fr. Becker die lebhafte Anerkennung. Von den kleinen Partien waren die Gräfin Chabreuil durch Fr. Staudinger, ihr Sohn Contran durch Hrn. Schindler, Aurora durch Fr. Manas, Dr. Gernin durch Hrn. Bach und Mrs. Burton durch Fr. Vernon gut vertreten.

schen Beziehungen zu demselben wieder an. Der Einfluss Frankreichs im Orient werde von europäischen Mächten angegriffen; ein ganz besonderes Actionsmittel Frankreichs im Orient sei die Botschaft beim Vatikan. Ihre Abschaffung votiren, hieße beschließen, daß die Kinder in den Schulen der Levante künftig nur italienisch lernen. Es sei dies eine Frage des Patriotismus, welche die Kammer verstecken werde. (Zahlreiche Zeichen der Zustimmung.) Pelletan sprach gegen die Bewilligung. Ministerpräsident Tirard unterstützte die Ausführungen Flourens. Der Budgetposten für die Botschaft beim Vatikan wurde sodann mit 294 gegen 240 Stimmen wiederhergestellt.

Die „letzte Patron“ der Republikaner.

Das „Siedle“ nennt es Unklugheit und Verblendung, daß man Floquet durchaus vom präsidentenfessel der Kammer herabziehen wolle, um ihn das Schicksal Gambetta und Brissons erleiden zu lassen. (Beide waren bekanntlich auch Kammervorsitzende, bevor man sie zu Premierministern machte.) „Ein Ministerium Floquet“, meint das „Siedle“, „würde die letzte Patron sein, welche der sozialistische Radicalismus in seinem seit drei Jahren gegen die Regierung-republikaner geführten Kampfe zu verschließen hat. Von der äußersten Linken erfunden, welcher es den Zutritt zur Regierung erleichtern soll, wird das Ministerium Floquet entweder ein radicales Ministerium sein, oder es wird überhaupt nicht sein. Ist es aber ein radicales Ministerium, so ist es auch verurtheilt, die Masse nicht zu überleben; denn eine opportunistische Mehrheit besteht zwar nicht mehr in der Kammer, aber eine radikale Mehrheit wäre doch noch weit schwerer in derselben zu entdecken und zusammenzuhalten. Man bejahtet, das Ministerium Floquet werde weder radical, noch opportunistisch, sondern „concentrationistisch“ sein. Dieser neue Barbarismus erläutert nichts und gewährleistet nichts. Die Einigkeit der Republikaner in der Kammer ist nur dadurch möglich, daß die verfrühten Reformen, aus welchen das radicale Programm wesentlich besteht, geopfert und ein begrenztes Programm angenommen wird. Die Rede Floquets im Großen Orient hat bewiesen, daß der ehrenwerthe Kammervorsitzende diese Wahrheit empfindet, und sicher wird er kein Hinderniß der Concentration bilden. Allein die äußerste Linke versteht die Zusammenziehung anders, und nachdem sie Herrn Floquet zur Regierung erhoben hat, wird sie ihn offenbar aus denselben Gründen rasch wieder von derselben herabstürzen, aus denen sie Brisson, Freycinet, Goblet gefürzt hat, die sie ebenfalls als die Minister nach ihrem Herzen bezeichnet hatte und deren Rathschläge und Politik sie doch nicht befolgte. Die Floquet'sche Concentration ist nur möglich durch das Opfer der wesentlichen Punkte des radical-socialistischen Programms, und die äußerste Linke wird sich niemals drei Monate hintereinander in dieses Opfer fügen. Indem also Mr. Clemenceau den Kammervorsitzenden an die Regierung schiebt, verbraucht er die letzte Patron der republikanischen Partei.“

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 29. Februar.

Antrag des Centrums auf Annahme eines S.-E., betreffend die kirchenpolitischen Gesetze. Abg. Prinz Arenberg beantragt, den Niederlassungen aufgelöster Orden, welche Corporationsrechte befreien, diese Rechte bei ihrer Wiederherstellung wieder zu verleihen.

Nachdem der Antragsteller seinen Antrag begründet, erklärt Minister Goblet, daß die Regierung eine Novelle zum vorjährigen kirchenpolitischen Gesetz einzubringen beabsichtigt, welche den zugelassenen Niederlassungen ihre Corporationsrechte wahrte. Die Novelle wird hoffentlich in der nächsten Zeit dem Landtag zugehen.

Nach dieser Erklärung beantragt Prinz Arenberg, seinen Antrag für heute von der Tagesordnung abzuweichen, was auch geschieht.

Es folgt die Berathung von Petitionen.

Die Petition eines evangelischen Pfarrers betreffend die Verpflegung der Reliken der evangelischen Geistlichen wird der Regierung als Material überwiesen.

Den Antrag der Abg. Hitzé und Lieber, betr. die Veröffentlichung der Jahresberichte der Fabrikinspectoren, beantragt die Budgetcommission abzulegen.

Abg. Hitzé (Ctr.) betont die Nothwendigkeit der Veröffentlichung der Berichte der Fabrikinspectoren, deren Kosten ein so großer sei, daß die dadurch entstehenden Kosten dem gegenüber garnicht in Betracht kämen.

Minister v. Voetticher: Einen Anspruch auf die Veröffentlichung ihrer Berichte hätten die Fabrikinspectoren ebenso wenig, wie andere Beamte auf Bekanntmachung ihrer amtlichen Berichte. Nur die Bedürfnisfrage könne hier in Betracht kommen, und wie gering das Bedürfnis nach Herausgabe sei, habe der geringe Absatz der früheren Berichte gezeigt.

Der Antrag Hitzé wird von den Abg. Gattler (n.-l.) und Seelig (frei) befürwortet, vom Abg. v. Benda (n.-l.) bekämpft und schließlich gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnung und eines Theils der Nationalliberalen abgelehnt. Eine Anzahl von Magistraten, Stadtverordnetenverammlungen und Lehrern petitionieren um Ausdehnung des Lehrerpensionsgesetzes auf die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen gehobenen Schulen (Bürger-, Mittel-, Gymnasial-, Realschulen, höheren Höchschulen u. s. w.) durch ein Ergänzungsgesetz. — Die Commission beantragt, die Petitionen der Regierung mit der Nachfrage zu überweisen, daß sie noch in dieser Session dem Hause einen Gesetzentwurf vorlege, durch den das Volksschullehrerpensionsgesetz von 1885 sinngemäß, mit Ausnahme der Vorsteuer bezüglich der Staatsbeisteuer, den Pensionen, auf alle Schulen ausgedehnt wird, die weiter zu den Volksschulen im Sinne des genannten Gesetzes noch zu den höheren Lehranstalten gehören.

Nach einiger Debatte wird der Commissionsantrag mit dem Amendment angenommen, statt der Worte: „mit Ausnahme der Vorsteuer bezüglich der Staatsbeisteuer zu den Pensionen“, zu lesen: „unter entsprechender Beifügung des Staates.“

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Reichstag.

49. Sitzung vom 29. Februar.

Zweite Berathung des von dem Abg. Münchel beantragten Gesetzes, betr. die Zuständigkeit der Schwurgerichte.

Abg. Münchel (frei): Ich will durch meinen S.-E. dem Laienlement in richtlicher Funktion Droschken an die Stelle der Berufsrichter treten lassen, so soll damit kein Missbrauchsvorwurf gegen die Richter ausgesprochen sein, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Urteile der Berufsrichter in diesen Fällen anders ausfallen, als die von Laienrichtern. Es sind in der neuesten Zeit in politischen Fragen Voten von Berufsrichtern ergangen, die nicht in allen Punkten vom Volkswissen gefragt werden. Jeder Berufsbeamtenstand wird nicht in der Lage sein, auf die Dauer einem starken Druck von oben stand zu halten. Ich wünsche die Schwurgerichte in politischen Fragen entscheiden zu sehen, um die Richter jedes Verbauchs einer parteilichen Entscheidung zu überheben. Erkenntnisse, wie das gestern besprochene, in dem wegen Bekleidung eines Staatsanwalts eine

Strafe von 6 Monaten ausgesprochen wurde, werden allgemein nicht für richtig gehalten.

Abg. v. Steinbecker (Reichsp.): Es kommt in den Preßprozessen hauptsächlich auf Unbefangenheit an, und von den Schwurgerichten wird man am wenigsten sagen können, daß sie sich dem der Tagesströmung zu entziehen im Stande seien, objektiv, ohne Rücksicht auf ihre eigene politische Überzeugung zu urtheilen.

Abg. Klemm (n.-l.): Ich bin damit einverstanden,

dass die politischen und Preßvergehen unter Ausziehung von Laienrichtern abgeurtheilt werden, wie ich die Zusetzung derselben überall, mit Ausnahme vielleicht des Reichsgerichts, wünsche. Allein die Form des Schwurgerichts weise ich ab, das nur ja oder nein auf die Schulfrage antworten kann, und empfehle die Form der Schöfgerichte.

Abg. v. Graeve (Pole) behauptet auf Grund der Erfahrungen aus seiner Heimat, daß der Druck von oben viel erheblicher in der Rechtsprechung wirke wie der Druck von unten.

Abg. Träger (frei): Bei der Erweiterung der Kompetenz der Schwurgerichte werden viele Anklagen überhaupt unterbleiben, weil der Staat sich sagt, bei Geschworenen erfolge Freisprechung, bei Berufsrichtern könnte er es schon wagen. Die Ansicht von der Voraussetzung der Schwurgerichte kann ich nicht teilen. Dafür unter einer Parteideregierung leben, bekundet die Erklärung des Ministers von Puttkamer, daß er bei der Belebung von Amtmännern ein Hauptgewicht auf die politische Stellung des Candidaten lege. Wenn einmal man sich nur darauf beschränken, die wenigen lichten Stunden des Königs durch eine entsprechende Umgebung zu erheben.

Abg. Hartmann (cons.) führt aus, für den Richter gebe es wieder einen Druck von unten noch von oben. Die Geschworenen könnten dagegen sehr leicht durch den Druck von unten um ihre Freiheit gebracht werden.

Nach einigen weiteren Erörterungen zieht der Abg. Münchel mit Rücksicht auf die Geschäftslage seinen Antrag für diese Session zurück.

Die selbe Erklärung geben die Abg. Münchel und Reichsgerichts hinsichtlich ihres Antrages auf Wiedereinführung der Berufung ab.

Zweite Berathung des von den Abg. Hitzé u. Gen. sowie des von den Abg. Ackermann u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs betr. Einführung des Befähigungsantrittes.

Abg. Ackermann (cons.) verweist auf die Gewerbeverhältnisse in Österreich, die er für nachahmungswert hält.

Abg. Beumbach (frei) wünscht, daß endlich einmal über diesen Antrag abgestimmt und die Regierung zu einer Erklärung genötigt werde, damit der Einbringung der rein agitatorischen Anträge ein Halb geboten werde. Die österreichischen Zustände, die Unzufriedenheit vor der vorliegenden Handelskammer möchte er für Deutschland nicht herüberwünschen. Das Handwerk an sich sei auch garnicht zurückgegangen, man brauche sich in Berlin nur umzusehen. Die sämtlichen bairischen Gewerbevereine haben sich im vorigen Jahre energisch gegen diese Anträge ausgesprochen.

Abg. Blehl (Centr.): Die Berichte der Handelskammern über beratliche Fragen können nicht in Betracht kommen; es ist ja bekannt, daß Leute seien, welche das Bestreben haben, das Handwerk zu unterdrücken und auszusaugen (Widerspruch links), wie das überhaupt das Bestreben des Kapitals ist. Wir wollen das Eingreifen der Polizei nur, so weit absolut notwendig; nur die scharfen Gewerbefreiheit der letzten Jahre wollen wir bejubeln. An die Regierungen richte ich die Bitte, den Befähigungsantritt wenigstens für das Bauhandwerk einzuführen, das wäre doch eine Abschlagszahlung.

Gehirnthal Lohmann bemerkt, daß hinsichtlich des Bauhandwerks die Erhebungen noch nicht beendigt sind und die Regierungen die bezüglichen Beschlüsse noch nicht gesetzt haben.

Abg. Duignane (n.-l.): Wir haben freie facultative Innungen und haben für diese eigentlich schon zu viel gethan (Sehr richtig links), in Österreich dagegen ist man sofort zur Zwangsmittel übergegangen. Unseren freien Innungen rede ich das Wort, nicht aber ihren Zwangsmittungen, die weiter nichts wollen, als die Sicherung einer festen Grundherrschaft. Wenn das von Ihnen so hart angegriffene Großkapital nicht wäre, dann würde es mit dem Handwerk noch viel schlimmer aussehen.

Ein Vergleich der Innungen voriger Jahrhunderte mit den heute angestrebten ist nicht möglich, ebenso wie die Stufe des Handwerksteams heute und damals. (Sehr richtig links) Nie hat man so sehr über „Pfuscher und Bönhasen“ geklagt, wie in der von Ihnen so geprägten Zeit. Eine Begrenzung des Groß- und des Kleinbetriebes ist heutzutage ganz unmöglich. Denken Sie auch dabei an das Haushaltswaren. Der Befähigungsantritt allein hilft auch den Handwerkern garnicht. Dann ist es ja bekannt, daß die Intelligenztesten im Punkte der Moral nicht immer die Starken sind, also für das Publikum ist mit dem Nachweis auch keine Sicherheit gegeben. Andererseits halte Sie eine Summe von Intelligenz vom Handwerk fern, wenn Sie diesen Nachweis einführen. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. (Bravo! links.)

§ 14, welches in beiden Anträgen gleichlautend die Anzeige eines selbständigen stehenden Betriebes bei der zuständigen Behörde feststellt, wird angenommen.

Über § 14a, welcher die den Befähigungsantritt unterstützenden Handwerke im einzelnen ausspielt, wird auf Antrag v. Blehl-Rehbock namentlich abgestimmt. Es ergibt sich für § 14a 115 Stimmen (Conservative, Centrum, ein kleiner Theil der Reichspartei), dagegen 104 Stimmen (Freisinnige, Nationalliberale, der größte Theil der Reichspartei, Socialdemokraten). — § 14c, welcher die Errichtung des Bundesvertrags, auch für andere Gewerbe den Nachweis vorzuschreiben, ausspricht, wird bewilligt mit 144 gegen 105 Stimmen. Die §§ 14c und d enthalten die Bestimmungen über die Examinateure und die Zeugnisse.

Auf Antrag des Abg. Ritter wird namentlich über diese abgestimmt. Es stimmen dafür 114, dagegen 110 Mitglieder.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Februar. Der Bundesrat wird morgen Nachmittag um 2 Uhr seine wöchentliche Plenarsitzung halten. Auf der Tagesordnung steht eine ganze Reihe von Beschlüssen des Reichstages, darunter die Gesetze über den Schutz von Bögeln, über den Erlass der Witwen- und Waisengeldbeiträge u. s. w. Unter den neuen Vorlagen befindet sich ein Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Anlagen zur Anfertigung von Cigarren; Beschlusfasung über die Verlängerung des Socialistengesetzes; eine Anzahl von mündlichen Berichten, welche sich auf das Branntweinsteuergesetz beziehen; sowie über die Verehrungen mit den Freistaaten Guatemala, Honduras und Ecuador.

* [Der Zustand des Prinzen Hohenlohe] in Petersburg ist der „Kreuzzig.“ zufolge äußerst besorgniss erregend. Die Augen ist glücklich herausgekommen, doch hat der Patient das Bewußtsein nicht wieder erlangt. Die Temperatur ist im

Steigen begriffen.

* [Über den Zustand des Königs Otto von

Rosia. Web.“ zeitweilig aufgegeben worden, da bisher kein Redakteur zu finden war, der den geschäftlichen Anforderungen entsprochen hätte.

* Aus Riga meldet die „Pol. Corr.“: Bezuglich

der Privat-Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache in den Ostseeprovinzen wird verfügt, daß mindestens ein Gegenstand in russischer Sprache vorzutragen sei.

Am 2. März: Danzig, 1. März. M.-A. 11.8. S.-A. 6.49. U. 5.36; Betteraussichten für Freitag, 2. März;

auf Grund der Berichte der deutschen Gewerbe. Theils heiter, theils wolzig, vorwiegend trocken bei möglicher bis frischer und starker Luftbewegung mit Nachts wenig, Tags über stark zunehmender Temperatur.

* [Betriebsunfall.] Am dem heutigen Berliner

Nacht-Courierzuge erlitt die Maschine bei Morrochin einen Radreissenbruch. Der Zug mußte so lange liegen bleiben, bis aus Dirschau eine Reservemaschine eintraf. In Folge dessen entstand bis Dirschau eine Verspätung von 1½ Stunden. Um 11 Uhr traf hier ein von Dirschau abgelessener Vorzug und eine Viertelstunde später auch der Ankunftszug vom Courierzug hier ein, welcher Passagiere und Post mitbrachte.

* [Von der Weichsel.] Die Eisbrechdampfer „Montau“ und „Weidse“ arbeiten heute, nachdem gestern die Eis sprengungen ca. 2000 laufende Meter vorgeschritten sind, im Dirschauer Gebiet. Der Eisbrecher „Ossa“ ist befußt Freibahnen der unteren Rinne an der Mündung stationiert, der Dampfer „Ferse“ hat befußt Ausführung von Reparaturen auf den Slip der Alawitter'schen Werft genommen werden müssen. Nachts herrschte in der aufgebrochenen Rinne noch immer lebhafte Grundeisstreichen. Der Wasserstand ist in anhaltenden Sinken begriffen. Heute betrug er bei Plehnendorf nur noch 3,18 Meter am Oberpegel, 3,12 Meter am Unterpegel.

* [Domprobst Warzura] in Posen, vorher Domprobst in Pelplin und vor dem Regierungsschulrat in Posen, ist, wie uns aus Posen telegraphiert wird, von der Regierung als Leiter des wieder zu eröffnenden geistlichen Seminars in Posen ernannt worden.

* [Deutscher Lehrertag.] Der diesjährige deutsche Lehrertag wird nicht, wie anfangs beabsichtigt war, in Danzig stattfinden. Für die Abhaltung des Lehrertages in Danzig war seitens der hiesigen Lehrerververtretung zur Bedingung gemacht, daß ersterer in den großen Ferien anberaumt werde, während er sonst in der Pfingstzeit stattfindet. Die definitive Abstimmung im Centralvorstand des deutschen Lehrervereins und im Ausschüsse des Lehrertages hat nun das Resultat gehabt, daß der Lehrertag Pfingsten in Frankfurt a. M. stattfinden soll.

* [Gastspiel unserer Oper.] Unser Opernpersonal wird uns in diesem Frühjahr schon am 15. April verlassen. Herr Director Rose geht mit demselben zunächst nach Elbing, wo derselbe einen Club von 20 Opernvorstellungen zu geben beabsichtigt, und dann zu einem gleichen Gastspiel nach Bromberg. Die durch den früheren Abgang des ersten Baritonisten Herrn Schlosser eintretende Lücke wird noch zuvor durch Herrn Städting, der hier schon vor einiger Zeit als Wolfram im „Tannhäuser“ gespielt, ausgefüllt werden.

* [Kaufmännisches.] Die Mitglieder des Gläubigerausschusses, welche verabstimmten haben, die von der Gläubigerversammlung beschlossene Hinterlegung der von dem Concursverwalter vereinbarten Gelber zu kontrollieren, bewußt auf dieselbe zu dringen, hasten nach einem Urteil des Reichsgerichts im Falle der Unterschlagung dieser Gelder seitens des Concursverwalters für den der Concursmassai durch erwachsene Schaben. Sie hasten wegen ihrer Pflichtversammlung solidarisch.

* [Professor Becker], einer unserer geschätztesten Preisdigitateure, dem in zahlreichen Recensionen auch die Gabe eines guten, humorvollen Unterhaltung nachgesetzt wird, beginnt hier am Sonntag im Schützenhaus eine kurze Reihe von Vorstellungen, welche amüsante Überraschungen in Aussicht stellen. Da der Saal für den Abend bereits durch das übliche Sonntags-Concert in Anspruch genommen ist, muß die Vorstellung am Nachmittag stattfinden.

* [Ordensverleihung.] Herr Landgerichtsrath Duehl, dessen Amtsrat in den Ruhesand war schon gemeldet haben, ist bei seinem Austritt aus dem Staatsdienst der rothe Adler-Orden 4. Klasse verliehen worden.

* [Tiergärtnerverein.] Der Vorstand hielt gestern Abend im Bildungsvereinshause eine Sitzung ab. Zunächst wurde beschlossen, an die Damen, welche beim Gießfest bei Aufführung des dramatischen Märchens „Schneewittchen“ die Solopartien übernommen, sowie an Herrn Zeuner, welcher die lebenden Bilder arrangierte, Dankesrede zu richten. Demnächst wurde mitgeteilt, daß Herr Kaufmann Janke in Berent darüber einen Thiergärtnerverein zu gründen beabsichtigt. Es werden ihm die Statuten ic. des Danziger Vereins zu diesem Zwecke überwandt werden. Godann wurde über die den Schlittenverkehr hemmenden Straßenübergänge verhandelt und der Vorstand ersucht, dahin zu wirken, daß der Schnee bei den Übergängen über Schleusengeleise der Pferdebahn liegen bleibe, um so der Pferdequälerei möglichst abzuholzen. Schließlich wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Wendt Herr Lentier Lynch als Schriftführer und Herr Alfermann als stellvertretender Schriftführer gewählt.

* [Legat.] Der in Berlin kürzlich verstarbene Dr. med. Lövinson hat, wie wir aus einer Mitteilung seiner Testamentsvollstrecker in der „Doss. Ztg.“ erfahren, neben zahlreichen anderen Vermächtnissen für wohltätige Zwecke dem Gymnasium in Danzig ein Geschenk von 3000 Mk. vermacht.

* [Stadttheater.] In nächster Woche wird die Coloraturäerin des Hoftheaters in München, Frau Mary Pasold des Basta in zwei Gafftrollen hier auftreten, und zwar als Isabella in „Robert der Teufel“ und als Rosine im „Barbier“. Das Gastspiel beginnt am Montag.

* [Feuer.] Heute früh 8 Uhr war in dem Hause Heilige Geistgasse Nr. 139 in der dort befindlichen Räucherkerammer im Keller des Gebäudes ein Schornsteinbrand entstanden, den die Feuerwehr nach Beseitigung des Russes schnell löschte.

[Polizeibericht vom 1. März.] Verhaftet: 1 Dirne wegen Diebstahls, 12 Obdachlose, 1 Bettler, 5 Pirnen. — Gestohlen: 1leinener Bezug, 3leinene Kleinkinderbezüge, 1 Frauenhemde. — Gefunden: 1 abbonierte Zeitung „Intelligenzblatt“, 1 Portemonnaie mit 26 Pf. Inhalt, 1 dunkelgrauer Glacéhandsch

Pfandbrief-Verlosung.

Heute hat die 45. Verlosung von unseren Pfandbriefen Serie VI.
5% verjünglich und à 110 rückahbar, stattgefunden.
Die ausgelösten Gültige werden von heute ab gegen einen
Gelöß. Mit dem 30. September 1888 treten diese Pfandbriefe außer
Verfügung.

Ziehungslisten können bei uns in Empfang genommen und auch
bei den sämtlichen Pfandbrief-Verkaufsstellen eingesehen werden.

Berlin, den 18./20. Februar 1888. (8403)

Preußische Hypotheken-Aktion-Bank.

Begründet 1862.

Gangen'sche Gesellschaftsreisen

nach dem Orient:

5. März, 81 Tage, 2900 M. 12. März, 60 Tage, 2400 M.
Aegypten, Palästina, Syrien, Griechenland und Türkei.

15. April, 33 Tage, 1250 M. Corfu, Athen, Konstantinopel;

Italien: Spanien:

12. März, 50 Tage, 1450 M.

8. April, 40 " 1200 "

7. Mai, 30 " 900 "

Im Preise: Fahrt Führung,

Trinkgelder etc.

Prospekte für alle Reisen gratis nur in (8324)

Carl Gangen's Reise-Bureau,

Berlin W., 10. Mohren-Straße 10.

Königliche thierärztliche Hochschule in Hannover.

Das Sommersemester beginnt am 5. April cr. Nähere Auskunft
über Aufnahme-Bedingungen ertheilt unter Zusendung des Pro-
gramms

Die Direction.

Gottesdienst in der Neuen Synagoge.

Freitag, 2. März, Abends 5½ Uhr.

Sonntags, 3. März, Vormittags 9 Uhr. (8406)

Emil A. Baus,
Lina Baus
geb. Friederichs,
ehelich Verbundene.

Danzig, März 1888.

(8290)

Bekanntmachung.

Laut Anzeige vom 24. Februar

1888 ist die Handels-Gesellschaft:

Berent-Bierbrauer, A. Berent,

Groß-Hans et Comp., zu Berent

nach Ablauf der vertragsgemäßen

Zeit aufgelöst, in Liquidation ge-
treten und der Kaufmann Abram

Berent in Berent zum Li-
quidator bestellt.

(8225)

Berent, den 25. Februar 1888.

Königliches Amtsgericht.

Danziger Hypothek-Pfandbriefe.

Gegen die Amortisations-
Verlosung zur Rückzahlung

a 100 % welche Mitte März

stattfindet, übernehmen wir die Ver-
sicherung. (8304)

Meyer & Gelhorn,
Bank- u. Wechselgeschäft,

Langenmarkt 40.

Loose!

Marienburger Schlossbau-Lot-
terie, Hauptgewinn 90 000 M.

Coote à 3 M.

Gießtinner Lotterie, Hauptgewinn

20 000 M. Loose à 1 M.

Marienburger Pferde-Lotterie,

Ziehung 9. Juni, Loose à 3 M.

Königsberger Pferde-Lotterie,

Ziehung 16. Juli, Loose à 3 M.

zu haben in der

Expedition der Dani. Zeitung.

Marienburger Geld-Lotterie,

Hauptgew. 90 000 M. Loose

à 3 M. (8336)

Große Gießtinner Lotterie, Haupt-

gewinn 20 000 M. Loose à 1 M.

Loose der Königsberger Pferde-

Lotterie à 3 M.

Loose der Marienburger Pferde-

Lotterie à 3 M bei

Th. Berling, Gerberg, 2.

Hermann Lau,

Wollmeierstraße 21.

Musikkaten-Handlung u.

Musikkaten-Leih-Anstalt.

Abonnements für helle

und auswärts zu den

günstigsten Bedingungen.

Novitäten sofort nach

Erscheinen. (8449)

Kinder das Jähnen

leicht und schmerlos zu be-

förden. Unruhe und Jähn-

krämpfe fern zu halten, sind

nur im Stande die electro-

motorischen

Jahnhalsbänder

(a. 1 M.) von

Gebrüder Gehrig,

Hof- u. Apoth. 1. Kl.

Berlin, Charlottenstr. 14.

In Danzig nur ächt zu hab. b.

Albert Neumann.

Langenmarkt 3. (8317)

Wachs-, Stearin- und

Paraffin-Lichte

in verschiedenen Pachungen

empfiehlt billigst

Albert Neumann,

Langenmarkt 3. (8317)

Auf Dom. Lockar bei

Zuckau stehen

7 kornsette Dösen

zum Verkauf. (8371)

Gelegenheitsgedichte ernstl.

um zu räumen zu herabgesetzten

Preisen empfiehlt

3. Willdorff,

Kürschnergasse 9.

Russ. Gummiboots

um zu räumen zu herabgesetzten

Preisen empfiehlt

3. Willdorff,

Kürschnergasse 9.

Begründet 1862.

Gangen'sche Gesellschaftsreisen

nach dem Orient:

5. März, 81 Tage, 2900 M. 12. März, 60 Tage, 2400 M.

Aegypten, Palästina, Syrien, Griechenland und Türkei.

15. April, 33 Tage, 1250 M. Corfu, Athen, Konstantinopel;

Italien: Spanien:

12. März, 50 Tage, 1450 M.

8. April, 40 " 1200 "

7. Mai, 30 " 900 "

Im Preise: Fahrt Führung,

Trinkgelder etc.

Prospekte für alle Reisen gratis nur in (8324)

Carl Gangen's Reise-Bureau,

Berlin W., 10. Mohren-Straße 10.

Königliche thierärztliche Hochschule
in Hannover.

Das Sommersemester beginnt am 5. April cr. Nähere Auskunft

über Aufnahme-Bedingungen ertheilt unter Zusendung des Pro-

gramms

Die Direction.

Gottesdienst in der Neuen Synagoge.

Freitag, 2. März, Abends 5½ Uhr.

Sonntags, 3. März, Vormittags 9 Uhr. (8406)

Emil A. Baus,
Lina Baus

geb. Friederichs,

ehelich Verbundene.

Danzig, März 1888.

(8290)

Bekanntmachung.

Laut Anzeige vom 24. Februar

1888 ist die Handels-Gesellschaft:

Berent-Bierbrauer, A. Berent,

Groß-Hans et Comp., zu Berent

nach Ablauf der vertragsgemäßen

Zeit aufgelöst, in Liquidation ge-
treten und der Kaufmann Abram

Berent in Berent zum Li-
quidator bestellt.

(8225)

Berent, den 25. Februar 1888.

Königliches Amtsgericht.

Danziger Hypothek-Pfandbriefe.

Gegen die Amortisations-
Verlosung zur Rückzahlung

a 100 % welche Mitte März

stattfindet, übernehmen wir die Ver-
sicherung. (8304)

Meyer & Gelhorn,
Bank- u. Wechselgeschäft,

Langenmarkt 40.

Loose!

Marienburger Schlossbau-Lot-
terie, Hauptgewinn 90 000 M.

Coote à 3 M.

Gießtinner Lotterie, Hauptgewinn

20 000 M. Loose à 1 M.

Marienburger Pferde-Lotterie,

Ziehung 9. Juni, Loose à 3 M.

Königsberger Pferde-Lotterie,

Ziehung 16. Juli, Loose à 3 M.

zu haben in der

Expedition der Dani. Zeitung.

Marienburger Geld-Lotterie,

Hauptgew. 90 000 M. Loose

à 3 M. (8336)

Große Gießtinner Lotterie, Haupt-

gewinn 20 000 M. Loose à 1 M.

Loose der Königsberger Pferde-

Lotterie à 3 M.